



Regierungsratsbeschluss vom 11. August 2026

Erneuerung des Staatsbeitrags an die Beratungsstelle für Asylsuchende der Region Basel (BAS) für das Jahr 2027; Ausgabenbewilligung und Vertragsgenehmigung

P261093

1. Der Regierungsrat genehmigt Ausgaben in der Höhe von Fr. 151'908 für das Jahr 2027 für HEKS, Beratungsstelle für Asylsuchende der Region Basel BAS.
2. Der Regierungsrat genehmigt den Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt und HEKS, vertreten durch die Beratungsstelle für Asylsuchende der Region Basel BAS betreffend Ausrichtung einer Finanzhilfe für das Jahr 2027.

Begründung

Der Staatsbeitrag für die von HEKS betriebene Beratungsstelle für Asylsuchende der Region Basel (BAS) soll in unveränderter Höhe für ein Jahr verlängert werden. Aufgrund der finanziellen Unsicherheiten bei HEKS ist derzeit unklar, in welchem Umfang HEKS die erforderlichen Eigenmittel für den Betrieb der BAS künftig bereitstellen kann. Bis Anfang 2027 sollte sich die finanzielle Situation und die Auswirkungen auf das Leistungsangebot der BAS klären und die BAS wird einen Antrag auf Verlängerung des Staatsbeitrags für die Jahre 2028-2031 einreichen.

